

FDP.Die Liberalen, Postfach, 3001 Bern

Eidgenössisches Parlament

Bern, 17. Dezember 2025 / cts
VL_gas_d

Elektronischer Versand: gasvg@bfe.admin.ch

Entwurf für ein Bundesgesetz über die Gasversorgung (GasVG): Vernehmlassungsantwort der FDP.Die Liberalen

Sehr geehrte Damen und Herren

Für Ihre Einladung zur Vernehmlassung oben genannter Vorlage danken wir Ihnen. Gerne geben wir Ihnen im Folgenden von unserer Position Kenntnis.

Die FDP befürwortet das Ziel, Wettbewerb im Gasmarkt zu etablieren und den Markt zu öffnen. Dennoch lehnt sie den Entwurf für ein Bundesgesetz über die Gasversorgung (GasVG) ab. Dieser schafft unnötige Regulierungen, erhöht die Unsicherheit im System, sorgt für zusätzliche Kosten bei den Konsumenten und gefährdet den Gastransit durch die Schweiz.

Zwar beseitigt der Entwurf einige Probleme, er schafft aber auch neue Hürden und Unklarheiten. Die Partei fordert deshalb, auf ein solches Gesetz zu verzichten und stattdessen mit Verbändevereinbarungen zu arbeiten. Diese sollen über die Selbstregulierung in der Branche hinausgehen und eine spezialgesetzliche Regelung im Sinne einer vorbehaltenen Vorschrift zum Kartellgesetz beinhalten. Klimapolitische Impulse mit erneuerbaren Gasen sollten allenfalls an anderer Stelle gesetzt werden.

Der Erdgasmarkt in der Schweiz schrumpft. Heizungen werden ersetzt und Netze an die neuen Bedürfnisse, wie etwa Fernwärme, angepasst. Anders als bei den Entwürfen zum GasVG aus dem Jahr 2014 ist der Markt dank eines Weko-Urteils kein Monopol mehr. Dass der Bund nun eine derart umfassende und komplizierte Regulierung präsentiert, ist unverständlich. Ebenso unverständlich ist, dass man sich bei ebendieser am Strommarkt orientiert. Dieser ist völlig anders organisiert als der Gasmarkt. So gibt es beispielsweise praktisch keine inländische Produktion. Gerade jetzt, wo die Energiestrategie des Bundes den Ausstieg aus fossilem Erdgas und die schrittweise Stilllegung der Netze vorsieht, soll der Markt mit grossem Aufwand umgebaut werden. Das ist unsinnig. Zudem werden durch die Regulierung zusätzliche Marktrisiken und die Kosten für den vorzeitigen Ausstieg aus der Erdgasversorgung auf die Konsumenten abgewälzt.

Ausserdem verlässt der Grossteil des Erdgases, das in die Schweiz fliesst, diese auch wieder. Das Land betreibt wichtige Transitlinien. Dank dieses internationalen Geschäfts werden praktisch die gesamten Infrastrukturkosten durch die Transitgesellschaft getragen. Die vorgeschlagene Gesetzesänderung würde das Transitgeschäft jedoch deutlich verändern. Da es nur noch Standardprodukte nach EU-Recht geben würde, müssten die Konsumenten die gesamten Kosten tragen.

Aus diesem Grund fordert die FDP den Bundesrat auf, das GasVG in der vorliegenden Form zurückzuziehen. Das Hauptziel der Gesetzesänderung ist die Rechtssicherheit, die jedoch nur

teilweise erreicht wird. Dafür wird eine Überregulierung geschaffen, die die Konsumenten unnötig zur Kasse bittet.

Wir danken für die Gelegenheit zur Stellungnahme und die Berücksichtigung unserer Überlegungen.

Freundliche Grüsse

FDP.Die Liberalen

Der Co-Präsident



Benjamin Mühleemann
Ständerat

Die Co-Präsidentin



Susanne Vincenz-Stauffacher
Nationalrätin

Der Generalsekretär



Jonas Projer